

# Laibacher Zeitung.



Nr. 121.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 29. Mai

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 50 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Freitag.

## Mit 1. Juni

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Juni 1872:

Im Comptoir offen . . . . .	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert . . . . .	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	1 " — "
Mit Post unter Schleifen . . . . .	1 " 25 "

## Amtlicher Theil.

### 21. Bulletin.

Die Erscheinungen tiefter Schwäche und Somnolenz haben sich bei Ihrer k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie in dieser Nacht vermehrt. Wien, am 26. Mai 1872, um halb 7 Uhr morgens. Prof. v. Bamberger m. p. Dr. Biella m. p., k. k. Hofarzt.

### 22. Bulletin

Der Tag verlief bei Ihrer k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie ohne weitere Veränderung. Das Vermögen zu schlingen sehr beeinträchtigt, die Momente erwachenden Bewusstseins sehr selten und kurz. Wien, am 26. Mai 1872, um halb 7 Uhr abends. Prof. v. Bamberger m. p. Dr. Biella m. p., k. k. Hofarzt.

### 23. Bulletin.

Die Nacht verbrachten Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie in soporösem Zustande, der nur zeitweise durch Unruhe unterbrochen wurde. Die Pulsfrequenz im steigen, die Erschöpfung der Kräfte außerordentlich groß. Wien, am 27. Mai 1872, um halb 7 Uhr morgens. Prof. v. Bamberger m. p. Dr. Biella m. p., k. k. Hofarzt.

### 24. Bulletin.

In den ersten Nachmittagsstunden trat bei Ihrer k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie, im Zustande vollständiger Bewusstlosigkeit, ein heftiger Brustkrampf ein, der die Agonie einleitete, in der sich die höchste Kranke seitdem befindet. Wien, am 27. Mai 1872, um halb 8 Uhr abends. Prof. v. Bamberger m. p. Dr. Biella m. p., k. k. Hofarzt.

Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Großherzogin Alice, Gemahlin Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ferdinand, Großherzogs von Toscana, sind am Freitag, den 24. Mai, um 8 Uhr abends zu Salzburg von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben den neu ernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Peru Don Pedro Calderon am 21. Mai d. J. in besonderer Audienz zu empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Mai d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der pensionirte k. k. Landespräsident, geheime Rath und Kämmerer Karl Graf Cronini-Crouberg in Görz das Großkreuz des tunesischen Nishan-Istihar-Ordens, der k. k. Ministerialrath und Direktor der Staats Telegraphen Dr. Karl Brunner in Wien den Stern zum kön. preussischen rothen Adlerorden zweiter Klasse, der Hofrath des deutschen Ritterordens Anton Gensler in Wien, der Gutsbesitzer Epaminondas Morailini in Triest das Ritterkreuz des kön. spanischen Ordens Karl III. und der k. k. Regierungsrath und Direktor der Akademie der bildenden Künste Christian Ruben in Wien das k. bairische Ver-

dienstkreuz für die Jahre 1870/71 annehmen und tragen dürfen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Mai d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Obersthofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Franz Freiherr v. Nopcsa das ihm verliehene Großkreuz des kaiserlich brasilianischen Rosen-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Mai d. J. dem Kanzleiassistenten im Finanzministerium Josef Weidner in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung taxfrei den Titel und Charakter eines Hilfsämter-Direktionsadjuncten allergnädigst zu verleihen geruht.

Preis m. p.

## Verordnung des k. k. Ministers für Kultus und Unterricht vom 8. Mai 1872,

betreffend die Bezirks- und Landeskonferenzen der Volksschullehrer.

(Schluß.)

§ 6. Die Tagesordnung jeder Konferenz wird den Mitgliedern derselben mindestens vier Wochen vor dem Zusammentritte bekannt gegeben. Die Konferenz ist berechtigt, eine Erweiterung der Tagesordnung zu beschließen.

§ 7. Die Konferenz wählt zur Vorbereitung bestimmter Verhandlungsgegenstände für die nächste Versammlung einen ständigen Ausschuss aus ihren Mitgliedern. Der Bezirksschulinspektor ist Vorsitzender desselben. Zur Vorberathung oder Durchführung einzelner Gegenstände können überdies besondere Comités gewählt werden.

§ 8. Die Bezirkskonferenz wählt nach Maßgabe der bestehenden Normen aus ihren Mitgliedern die Vertreter des Lehrerstandes in der Bezirksschulbehörde, die mit der Verwaltung der Bezirks-Lehrerbibliothek betraute Kommission und die Abgeordneten in die Landeskonferenz.

§ 9. Ueber jede Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge und die gefassten Beschlüsse anzugeben hat. Dasselbe ist mit einem Berichte des Vorsitzenden an die Bezirksschulbehörde und von dieser mit der Anzeige der darüber getroffenen Verfügungen und mit etwaigen eigenen Anträgen an die Landes Schulbehörde zu leiten.

In den Jahresschulberichten der Landes Schulbehörden ist stets auch die Wirksamkeit der Bezirkslehrerkonferenzen genau darzulegen.

§ 10. Die bei den Bezirkslehrerkonferenzen einzuhaltende Geschäftsordnung wird durch die Landes Schulbehörde bestimmt.

## II. Von der Landeskonferenz.

§ 11. In jedem Lande findet regelmäßig nach je drei Jahren die Lehrerlandeskonferenz statt. Im Falle anerkannter Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit ist die Landes Schulbehörde berechtigt, die Konferenz in zwei gesonderten Versammlungen abhalten zu lassen.

§ 12. Die Aufgabe der Landeskonferenz ist, über die von der Landes Schulbehörde ihr vorgelegten Fragen Gutachten abzugeben, über die Mittel zur Förderung des Volksschulwesens, dann über Angelegenheiten, welche Rechte, Pflichten und Verhältnisse der Lehrerschaft betreffen, zu berathen; sie ist ferner berechtigt, auch selbstständige Anträge zu stellen.

In Rücksicht auf die Mittel zur Förderung des Schulwesens hat die Landeskonferenz denselben Wirkungsbereich für das ganze Land, welcher den Bezirkskonferenzen bezüglich der einzelnen Bezirke desselben zukommt.

Mit jeder Landeskonferenz ist nach Thunlichkeit eine Ausstellung von Lehrmitteln zu verbinden.

§ 13. Die Landeskonferenz wird von der Landes Schulbehörde einberufen. Sie findet im Laufe der Herbstferien, in der Regel am Sitze der Landes Schulbehörde statt und darf nicht länger als fünf Tage dauern. Der Landes Schulrath ist berechtigt, auch außerordentliche Konferenzen zu berufen.

§ 14. Die Mitglieder der Landeskonferenz werden von den Bezirkskonferenzen gewählt. Die Anzahl der in den einzelnen Schulbezirken zu wählenden Mitglieder wird mit Rücksicht auf den Umfang der Bezirke und die Zahl der Lehrer in denselben von der Landes Schulbehörde bestimmt, wobei kein Bezirk durch mehr als drei Mitglieder vertreten sein soll.

Die Wahl gilt für die Dauer von drei Jahren. Die Wiederwahl ist zulässig. Der Gewählte ist zur An-

nahme der Wahl und zum Besuche der Konferenz verpflichtet.

Den Bezirksschulinspektoren des Landes als solchen steht es frei, an den Landeskonferenzen mit Sitz und Stimme theilzunehmen. Gleiches gilt von den Direktoren der Lehrerbildungsanstalten und der Bürgerschulen, falls sie nicht von den Bezirkskonferenzen gewählt worden sind.

Die Mitglieder des Landesauschusses und der Landes Schulbehörde sind Ehrengäste der Landeskonferenz. Dem Vorsitzenden steht es zu, auch Experte mit beratender Stimme in die Konferenz zu laden.

§ 15. Die Landeskonferenzen sind in der Regel öffentlich. Nur aus besonderen Gründen kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 16. Vorsitzender und Leiter der Landeskonferenz ist der Landes Schulinspektor für Volksschulen und dort, wo mehrere Landes Schulinspektoren für Volksschulen bestehen, der von der Landes Schulbehörde hierzu designirte. Der Vorsitzende bestimmt für jede Konferenz seinen Stellvertreter. Die Konferenz wählt aus ihren Mitgliedern zwei Schriftführer auf die Dauer von drei Jahren. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Gewählten sind zur Annahme der Wahl verpflichtet, wenn sie nicht in der abgelaufenen Periode dieses Ehrenamts bekleidet haben.

§ 17. Die Tagesordnung jeder Versammlung wird mindestens drei Monate vor dem Zusammentritte bekannt gegeben. Die Konferenz ist berechtigt, eine Erweiterung der Tagesordnung zu beschließen.

§ 18. Zum Zwecke der Berichterstattung über die verschiedenen Gegenstände der Tagesordnung kann die Konferenz sich in Sectionen (Comités) theilen.

§ 19. Die Landeskonferenz wählt aus ihren Mitgliedern einen Ausschuss, dem sämtliche Angelegenheiten, welche zur Verhandlung kommen sollen, zur Vorberathung zu überweisen sind. Der Landes Schulinspektor ist Vorsitzender dieses Ausschusses. Der Ausschuss hat auch die Geschäftsordnung für die Landeskonferenz zu entwerfen. In der Regel darf kein Gegenstand zur Verhandlung kommen, wenn er nicht vorher von dem Ausschusse begutachtet worden ist. Nur in dem Falle, wenn die Landeskonferenz die Dringlichkeit eines Gegenstandes mit einer Majorität von zwei Dritttheilen beschließt, kann die Verhandlung darüber sogleich vorgenommen werden.

§ 20. Ueber jede Versammlung ist ein Protokoll zu führen, welches die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge und die gefassten Beschlüsse zu enthalten hat. Dasselbe ist mit einem Berichte des Vorsitzenden an die Landes Schulbehörde und von dieser mit der Anzeige der darüber getroffenen Verfügungen und mit etwaigen eigenen Anträgen an den Unterrichtsminister zu leiten.

## Schlusssatzungen.

§ 21. Das Ausmaß der Reisekostenschädigungen, beziehungsweise Tagelöhler für die zur Theilnahme an den Bezirks- und Landeskonferenzen verpflichteten Lehrer, welche nicht im Orte der Konferenz ihren Wohnsitz haben, wird nach Anhörung der Bezirksschulbehörden durch die Landes Schulbehörde bestimmt.

§ 22. Diese Verordnung hat in jenen Königreichen und Ländern, in denen die Frage des Kostenaufwandes für die Lehrerkonferenzen bereits durch Landesgesetze geregelt ist, sofort, in den übrigen Ländern aber erst mit dem Zeitpunkte der erfolgten Sicherstellung dieses Kostenaufwandes in Wirksamkeit zu treten.

Stremayr m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

### Verzeichnis

der Wohlthäter, welche zur Linderung des Nothstandes des politischen Bezirkes Gottschee nachstehende Gaben der gefertigten Bezirkshauptmannschaft zukommen ließen, wofür der wärmste Dank abgestattet wird:

	fl. kr.
Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta	300 —
Herr Johann Stampfl, Handelsmann in Prag	100 —
„ Joseph Pleisch, Handelsmann in Prag	100 —
„ Mathias Poser, Handelsmann in Pest	25 —
das Handlungshaus Gebrüder Poser in Pest	30 —
Herr Joh. Eppich, Handelsmann in Troppau	10 —
und 1 Ballen Reis mit 216 Pfund,	
durch eine Sammlung in der Stadt Gottschee	84 —
bar und 16 Merling Erdäpfel, 1 Mer-	
ling Bisolen und 25 Pfund Mehl,	

Frau Maria Dolenz geb. Meißel in Triest durch das Handlungshaus Gebrüder Kraker in Steyer als Ergebnis einer Sammlung	5	—
Herr Joseph Tanke, Handelsmann in Ratibor	41	—
„ Joseph Petsche, Handelsmann in Pilsen	50	—
das Handlungshaus Joseph Weber in Wien	40	—
Herr Mathias Fitz, Handelsmann in Graz	10	—
„ Rauch und Braune in Pest	12	—
„ Johann Sterbenz in Pest	2	—
„ Johann Jonke in Verderb	2	—
„ Georg Stampfl, Kaufmann in Triest	20	—
„ Joseph Rehnard, k. k. Hofrath in Triest	25	—
„ Thomas Verderber in Reg	100	—
und 11 Mezen schöne Samen-Erbsen,		
Herr Joseph Michitsch, Handelsmann in Leitmeritz, durch Sammlungen	53	60
„ Jakob Jaklitsch in Gottschee	2	—
die Herrschaft Reifnitz	30	—
Herr Anton Kren, Kaufmann in Warschau	100	—
„ Math. Hönigmann, Handelsm. in Triest	10	—
„ Peter Jaklitsch, Handelsm. in Preßburg	20	—
„ Paul Ruppe, Handelsmann in Linz	25	—
Se. Durchlaucht Fürst Wilhelm Karl von Auersperg	200	—
die Johann Tichner'schen Erben in Wien	20	—
der gottscheer Männergesangsverein das Ergebnis eines Konzertes mit Tombola	87	50
K. k. Bezirkshauptmannschaft Gottschee, am 24ten Mai 1872.		

**Bur galizischen Frage.**

Die „Tagespresse“ tritt dafür ein, daß das Elaborat des Verfassungsausschusses zunächst dem galizischen Landtage vorzulegen sei, selbst auf die Gefahr hin, nicht allen Parteien damit genüge thun zu können. Eine Regierung, welche nicht mit der Schroffheit einer extremen Parteilichkeit, sondern mit unparteiischem, auf das ganze gerichteten Blicke die Situation prüft und ermüßt, werde es nicht vermeiden können, bei jeder vermittelnden Action auf Schritt und Tritt die Unzufriedenheit aller derjenigen zu erregen, welche die undefinirbaren Schwierigkeiten eines concreten Falles durch die landläufigen Redensarten irgendeiner theoretischen Schablone überwinden zu können glauben. Gerade darin liege aber der Beweis, daß die Regierung in dieser schwierigen Frage keinen einseitigen Standpunkt einnehme, sondern mit objektiver Klarheit über den Parteien stehe. Was die einen an dem Vorgange des Ministeriums auszusagen haben, das eben sichere der Action in dem anderen Lager eine gute Aufnahme. Der Ministerpräsident habe im Verfassungsausschusse erklärt, die Regierung habe beim Wiederzusammentritte des Reichsrathes die verschiedenen Eventualitäten ins Auge gefaßt, welche bei der Behandlung der galizischen Angelegenheit eintreten können, und es sei dies in der Absicht gethan worden, um die Sache rasch vorwärts zu bringen. Also nicht um Verschleppung des galizischen Ausgleiches sei es dem Ministerium zu thun, sondern im Gegentheil um rasche Erledigung der Sache. Wenn der Ministerpräsident nun weiter sage, es habe die Regierung bei Ermägung der Frage des Zusammentrittes der Landtage auch der Gedanke beschäftigt, daß dem galizischen Landtage Gelegenheit gegeben werden könnte, sich über die ihm zu gewährenden Concessionen gutachtlich zu äußern, worüber übrigens die Regierung noch gar keinen Beschluß gefaßt habe, weil sie nicht vorherzusehen vermag, wie weit die Angelegenheit in beiden Häusern des Reichsrathes noch gedeiht; so erscheine es kaum begreiflich, wie diese so durchaus richtige und correcte Auffassung des Ministerpräsidenten von verfassungstreuer Seite zum Gegenstande von Angriffen gemacht werden könne, welche weder in dem Inhalte, noch in der Form der ministeriellen Erklärung die geringste Begründung fänden. Daß der Gedanke, den galizischen Landtag über das Ausgleichselaborat vorläufig zu vernehmen, ein äußerst richtiger und glücklicher sei, müsse wol jeder zugeben. Um eine Präjudicirung des Reichsrathes handle es sich dabei nicht, weil der galizische Landtag nur ein Gutachten über die Vorlage abgeben, den formellen Beschluß darüber nebst der Inarticulirung in die Landesordnung aber erst nach der reichsräthlichen Votirung des Ausgleiches zu fassen haben werde. Daß es aber der Würde des Centralparlamentes besser entspreche, wenn dasselbe sein Votum auf der festen Grundlage der landtäglichen Zustimmung abgeben könne, als wenn es befürchten müsse, mit der ganzen Durchberatung und Votirung des Ausgleiches vielleicht nur Zeit verloren zu haben, das sei doch klar.

**Journalstimmen über Oesterreich.**

Es gewährt jedem Patrioten wahre Genugthuung und Befriedigung, daß auch das Ausland den Prozeß der fortschrittlichen und freiheitlichen Bewegung in Oesterreich-Ungarn mit kritischen Auge beachtet und den günstigen, erfreulichen Erfolgen im Wege der Presse Anerkennung zollt.

Wir wollen heute zwei ausländischen Journalstimmen vernehmen:

Die „Times“ bespricht in einem längeren Artikel die Bedeutung der jüngsten Reise des Kaisers von Oesterreich durch Südungarn und er-

wartet von derselben nicht allein gute materielle Folgen, sondern auch nicht minder erfreuliche politische Resultate. „Wir können nicht länger bezweifeln,“ sagt das genannte Blatt, „daß der Verfassung-Prozeß, der in andern Ländern vor sich geht, auch in Oesterreich sich vollzieht, obwol widrige Umstände das Ergebnis verzögern oder abändern mögen. Aber nehmen wir an, daß die Nebenbuhlerschaft, die Eifersucht und das Mißtrauen der Deutschen, Magyaren, Slaven und Rumänen sich zum mindesten für eine Generation als unlöschbar erweisen wird, so ist es noch immer Thatsache, daß die Bewegung des sichzufriedenlebens in die Führerschaft des kaiserlichen Hauses mit der Einigung der öffentlichen Interesse jeder dieser Rassen zusammengeht. Das ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Zeit und dient dazu, uns inmitten aller Zweifel und der Düsterei europäischer Politik zu beruhigen. Die Deutschen, scharfsinnige Beobachter eines ihnen so nahe gelegenen und mit ihnen so enge verwandten Landes, können nicht umhin, die neue Kraft des österreichischen Kaiserstaates anzuerkennen. Diese Kraft die sie wahrnehmen, ist eine moralische Kraft, und sie ist seit 1866 ins Leben getreten. Der Kaiserstaat besitzt nun eine Macht, die nicht bestand, als der wiener Hof in Frankfurt den Ton angab und in Mailand und Pest durch das Schwert herrschte. Jene, die Oesterreichs Macht gering schätzten, thun dies nicht länger mehr, denn es wird täglich immer klarer, daß unter dem Throne eine populäre Stütze liegt, die ihn stark im Auslande wie sicher im Inlande machen wird. Dieses Element der Macht besaß Oesterreich nie zuvor, denn in den alten Zeiten seiner Kriege mit der französischen Republik und dem Kaiserreich war die Bevölkerung, obwol nicht misvergnügt, lethargisch und gleichgiltig. Nun macht sich zum erstenmale die wahre Kraft des nationalen Lebens, umgürtet durch constitutionelle Freiheit und durch Vertrauen in den Herrscher im Auslande wie zu Hause fühlbar. Wie ist dieser mächtige Wechsel bewirkt worden? Einfach durch den Kaiser, der unter dem Drucke furchtbaren Misgeschickes und mit dem Rathe eines weisen und patriotischen Ministers beschloß, Zugeständnisse zu machen, die, wie alle Staatsmänner seiner Jugend erklärt hatten, niemals ohne Demüthigung und Ruin hätten gemacht werden können.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht sich in folgender bemerkenswerther Weise über die österreichische Schulgesetzgebung und kirchenpolitische Frage aus:

„Oesterreich hat durch seine vortreffliche Schulgesetzgebung sich bereits seit mehreren Jahren zum Herrn des Terrains gemacht, auf welchem die Hauptentscheidung in allen Konflikten zwischen Staat und Kirche fallen muß. Gegen diese Gesetzgebung, deren weitere Ausbildung in der jüngsten Thronrede verheißen und von der Verfassungspartei lebhaft gefordert wird, richten sich denn auch die Anstrengungen, welche neuerdings vom österreichischen Episcopat gemacht werden, diesem Ausbau vorzubeugen und den verlorenen Boden, wenn möglich, schrittweise wiederzugewinnen. Die Bischöfe sind indeß dabei immerhin gezwungen, mit den gegebenen Verhältnissen und der thatsächlichen Lage der Gesetzgebung zu rechnen, und wie der österreichische Kultusminister Herr v. Stremayr im Reichsrathe betonte, bewegen sich die als Resultat der letzten Bischofskonferenzen an ihn gelangten Petitionen auch auf dieser Basis. Der Minister versprach, daß die Regierung die Eingabe der Bischöfe pflichtmäßig prüfen, aber an Sinn und Wort der Schulgesetze treu festhalten werde, und stellte er ferner den Zweifeln der Linken an den Absichten der Regierung den Umstand entgegen, daß es der letzteren ja eben erst gelungen sei, sich zu consolidiren und sich ein der Verfassung entsprechendes Parlament gegenüber zu setzen. Es erhellt aus dieser Antwort, mit welcher Herr v. Stremayr sowol den Petitionen der Bischöfe wie dem drängen und den Zweifeln der Abgeordneten begegnete, daß die österreichische Regierung zum mindesten entschlossen ist, die vortheilhafte Position, in welche sie durch die Gesetzgebung der letzten Jahre gelangt ist, nicht aufzugeben, sondern diese überlegene Stellung in der Kirchen- und Schulfrage festzuhalten.“

Wir wiederholen schließlich: es kann jeden Oesterreicher, jeden Patrioten, nur erheben, daß die „Times“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, zwei publizistische Organe ersten Ranges, in so anerkennenden Worten über Oesterreich-Ungarn gesprochen haben.

**Parlamentarisches.**

Der wegen Aufhebung des Legalisirungszwanges niedergesetzte Ausschuß hat seine Beratungen zu Ende geführt. Die Majorität des Ausschusses beantragte eine motivirte Tagesordnung, worin die Regierung aufgefordert wird, Erhebungen über die aus der Einführung des Legalisirungszwanges resultirenden Folgen zu pflegen.

Eine Minorität beharrte bei dem Antrage auf sofortige Aufhebung des Legalisirungszwanges. Der Ausschuß beschloß an dem gefaßten Beschlusse festzuhalten, daß die eingebrachten Petitionen summarisch unter Anführung der Namen der Petenten in dem Berichte aufgeführt werden sollen.

In der ersten Sitzung des zur Vorberathung der Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, womit mehrere Paragraphen des Gesetzes vom 13. Mai 1869 über die Landwehr abgeändert werden, niedergesetzten Landwehrrathes wünscht Abg. Dr. v. Figuly die Gründe kennen zu lernen, welche die Regierung überhaupt zur Vorlage dieses Gesetzes bewogen haben.

Se. Excellenz Herr Landesvertheidigungsminister Oberst Horst begründet den Entwurf im allgemeinen damit, daß die Folgen des deutsch-französischen Krieges in allen europäischen Staaten eine weitere Anspannung der Wehrkräfte bedingen, und daß deshalb auch Oesterreich in dieser Beziehung nicht zurückbleiben könne; für Oesterreich sei noch als ein günstiger Umstand der anzusehen, daß dessen Wehrsystem, welches 1868 auf Grund der damaligen Verhältnisse ins Leben gerufen wurde, des Ausbaues fähig sei, ohne — wie es in den anderen Staaten der Fall ist — wieder das ganze System aus den Angeln zu heben. Es habe demnach das vorliegende Gesetz den Zweck, der cisleithanischen Landwehr einen festeren Organismus zu geben.

Abg. Dr. v. Figuly wünscht einen Ausweis über den completen Stand der Landwehr auf Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfes und möchte, wenn auch für das Jahr 1872 ein Nachtragkredit nicht gefordert wird, doch wissen, welche Kosten die Landwehr im nächsten Jahre beanspruchen werde, wozu

Abg. Dr. v. Demel noch bemerkt, daß der Mehraufwand bei 1 1/2 Millionen oder bei möglichster Beschränkung des Status doch 1 1/2 bis 1 1/2 Millionen betragen dürfte.

Se. Excellenz der Herr Landesvertheidigungsminister erwidert, daß der Mehraufwand rund eine Mill. (genau 1,090,000 fl.) betrage, daß daher das Ordinarium im nächsten Präliminare mit 3 1/2 Millionen eingestellt werden, wogegen aber das Extraordinarium sich niedriger stellen werde. Außerdem fügt der Minister die ausdrückliche Erklärung hinzu, pro 1873 für das Ordinarium und Extraordinarium zusammen nicht mehr präliminiren zu wollen, als für das laufende Jahr zusammen bewilligt wurde.

Nachdem Abg. Freih. v. Tinti dem vom Dr. v. Figuly gewünschten und vom Minister bereits zugesagten Ständesausschusse auch einen Nachweis über die Kosten der Landwehr beigegeben zu sehen wünscht und der Minister auch diesbezüglich seine Bereitwilligkeit erklärt hat, wird die Sitzung geschlossen.

Der am 24. d. in der Sitzung des Verfassungsklubs vom Abg. Dr. R. v. Waghöfer gestellte Antrag: „Das h. Haus wolle erwägen, ob der in Wien und den Vororten herrschenden Wohnungsnoth, insbesondere an kleinen Wohnungen, durch Gewährung einer weitgehenden Steuerbefreiung bei Neu-, Um- und Zubauten abgeholfen werden könne,“ wurde mit Bewilligung der Beschränkung auf Wien angenommen und beschlossen, dessen Zuweisung an den Finanzausschuß zu beantragen.

Die galizische Frage wurde wegen der vorgerückten Stunde von der Tagesordnung abgesetzt.

Nach Schluß der 36. Plenarversammlung des Abgeordnetenhauses vom 24. d. M. fand eine vertrauliche Sitzung statt, welche den Zweck hatte, die Wahl einer Kommission zur Prüfung des von dem Vaurath v. Hausen verfaßten Projektes bezüglich des Baues eines vereinigten Parlamentshauses vorzunehmen. Gewählt wurden die Abgeordneten: Dumba, Freih. v. Rübeck, Freih. v. Suttner, Dr. Giska und Ritter v. Rylski.

**Ein neues Konkordat**

soll, wie einige Blätter gehört haben, zwischen Oesterreich und dem päpstlichen Stuhle abgeschlossen werden. Im „P. M.“ aber werden die Gerüchte von Unterhandlungen wegen eines neuen Konkordates in folgender Weise abgefertigt: „Erfinder und Verbreiter von derlei albernen Sensationsnachrichten hätten doch nicht übersehen sollen, daß zur Führung von Konkordats-Verhandlungen ausschließlich das auswärtige Amt berufen sein kann. Glaubt man aber, selbst den Fall vorausgesetzt, daß ein Ministerium Auersperg mit dem Kabinete Thun-Bach in Konkurrenz treten wolle, daß Graf Andrássy, der gegenwärtige Minister des Außern, je seine Hand zu Verhandlungen bieten könnte, welche bestimmt wären, der Freiheit und dem Constitutionalismus in der Monarchie das Lebenslicht auszublafen? Jedoch selbst auch ohne Rücksicht auf dieses Moment beweist die Kritikalität, mit der man Meldungen erwähnter Sorte Raum gibt, schon den Umstand, daß man vergessen zu haben scheint, daß doch an der Spitze der österreichischen Kultus-Angelegenheiten derselbe Herr v. Stremayr steht, der 1870 der Erste war, der aus der Verkündigung des Unfehlbarkeits-Dogmas die praktische Konsequenz zog, das Konkordat als aufgehoben erklären zu lassen, und der auch damals sofort vom Monarchen beauftragt wurde, die mit der Aufhebung des Konkordats entstandene Lücke in dem Verhältnisse des Staates zur Kirche im Wege der staatlichen Gesetzgebung auszufüllen. Prägnanter als mit diesem kaiserlichen Auftrage und der ihm sofort nachfolgenden Zaungriffnahme jener legislativen

Arbeiten konnte der Gedanke, daß der Staat auf diesem Gebiete seine Souveränität unverkürzt geltend zu machen gedenke, nicht ausgedrückt werden. Diese in allerhöchster Thronrede angekündigten Entwürfe sind zum Theile schon fertig, zum Theile noch in Vorbereitung; diesen gegenüber von dem beabsichtigten Abschluß eines Konkordates mit Rom zu sprechen, heißt geradezu sich oder — andere lächerlich machen."

## Politische Uebersicht.

Laibach, 28. Mai.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: „Im Laufe dieser Woche schließt das Abgeordnetenhaus die Beratung über die Strafprozeß-Ordnung und geht dann an die Wahl der Delegation, welche dieses Jahr in Pest zu tagen hat. In den gemeinsamen Ministerien wird auch schon rüstig an der Zusammenstellung des Voranschlages für das Jahr 1873 gearbeitet und beabsichtigt, die Delegationen am 16. September zu eröffnen. Ob dieser Termin wird eingehalten werden können, hängt wesentlich davon ab, ob der neue ungarische Reichstag, der für den 1. September einberufen ist, zeitig genug mit dem Verifications-Geschäfte fertig werden wird, um bis zu dem designirten Zeitpunkte die Delegationswahl vornehmen zu können. Die Erbitterung des bevorstehenden Wahlkampfes und die gewohnte Breitspürigkeit der ungarischen Reichstagsverhandlungen machen allerdings die Einhaltung dieses Termines etwas problematisch.“

Der „Röln. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben, daß in der letzten Zeit Besprechungen konservativer Reichstags-Abgeordneter stattgefunden haben. Ueber das neue Programm der Partei, welche die „monarchisch-nationale“ heißen soll, verlautet folgendes: „Die Partei erkennt als wesentliche Bürgschaften einer gedeihlichen nationalen Entwicklung an das Vorhandensein einer starken kaiserlichen Gewalt, sowie die Consolidation des deutschen Fürstentum repräsentirenden Bundesrathes und stellt sich somit Bestrebungen nach Herstellung eines parlamentarischen Regiments und eines centralisirten Einheitsstaates gegenüber. In Beziehung auf die finanzielle Selbständigkeit des Reiches will ihm die Partei zum Zweck einer gerechteren Besteuerung die indirekten Steuern überlassen, betont aber dabei die Nothwendigkeit einer Reform der Besteuerung, um die bisherige Ungleichheit der Besteuerung zum Nachtheile des Grundbesitzes, der landwirtschaftlichen Gewerbe und der produktiven Arbeit zu beseitigen. Sie erklärt sich gegen diejenigen socialen Bestrebungen, welche von den Grundlagen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung abgehen. In kirchlichen Fragen will die Partei nicht Trennung der Kirche vom Staate, sondern Regelung des Grenzgebietes und die Ausbildung einer höchsten Instanz zur Entscheidung dieser Grenzstreitigkeiten.“

Die National-Versammlung in Versailles hat am 25. d. den Gesetzentwurf Goulard's, durch welchen das Gesetz über die Stempelpflichtigkeit ausländischer Wertpapiere abgeändert wird, angenommen. Die Stempelsteuer ist danach für Titel bis zu 600 Franken auf 75 Centimes, für Titel von 500 bis 1000 Franken auf 1 Franken 50 Centimes, mit einer Erhöhung von 1 Franken 50 Centimes für je weitere 1000 oder einen Bruchtheil von 1000 Franken festgesetzt.

Im Vatican herrscht, wie der römische Korrespondent der „Times“ berichtet, große Freude, die man auf Instructions zurückführt, welche der neu ernannte französische Botschafter beim Papste, Baron de Bourgoing, nach Rom mitgebracht hat. Der Kern dieser Mittheilungen soll in der Erklärung des französischen Präsidens liegen, daß er nicht im Stande sei, sich die Existenz der geistlichen Macht des Papstes anders als in Verbindung mit einem gewissen Maße weltlicher Macht vorzustellen. — Der brasilianische Gesandte beim päpstlichen Stuhle überreichte dem Papste ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Brasilien.

Sämmtliche Insurgenten in Bisaya unterwarfen sich am 25. d. M. dem Ober-Kommandanten Serrano und lieferten ihre Waffen ab. Die einzig noch existirende Bande Caca's in Navarra's ist von den Truppen Moriones' umzingelt.

Rußland ist im Begriffe, sich eines Theiles seiner entlegenen Besitzungen zu entäußern. Der „Dissemination“ wird geschrieben, daß die Regierung von Petersburg mit Washington wegen Verkauf der Aleutischen und Curilischen Inseln an Nordamerika in Unterhandlung steht, und soll der Kaufkontrakt in Bezug auf die erstgenannten Inseln, die für den Walfischfang von großer Wichtigkeit sind, bereits dem Abschluß nahe sein.

Der neue armenische-katholische Patriarch wurde am 26. d. vom Sultan mit großem Pompe in Audienz empfangen. Nachher stattete er auch dem Großvezier und dem Minister des Außern seinen Besuch ab. — Der griechische Patriarch wohnte der Synode bei, die den bulgarischen Exarchen excommunicirt hat.

Ein Telegramm aus Washington meldet, der amerikanische Senat hat die Supplementar-Artikel zum Vertrage von Washington ratificirt. In der dem Beschlusse vorhergehenden Debatte stand Sumner selbst ein, daß er sich niemals auf eine Geldent-

schädigung für indirekte Schäden wirklich Rechnung gemacht habe; er hätte auf ihrer Aufnahme in die amerikanische Staatscharta bestanden, um dadurch den Geldansprüchen auf Ersatz für die direkten Schäden Nachdruck zu geben.

## Tagesneuigkeiten.

— (Zur Nordpolexpedition.) Finien-Schiff-Lieutenant Brosch ist am 27. d. abends mit 14 Matrosen, welche für die Nordpolexpedition bestimmt sind, von Triest nach Wien abgegangen. Die Leute, durchgehends tüchtige, befahrene und starke Matrosen, Istrianer, Kroaten und Dalmatiner, waren in der heitersten Stimmung, begleitet von vielen Angehörigen und Freunden, und traten unter fröhlichen Hurrahrufen die Reise an.

— (Tabakeinkauf.) Der „Deutschen Zeitung“ geht die Mittheilung zu, daß zwischen der österr. Regierung und der österr. Seehandlung Unterhandlungen im Zuge sind, deren Gegenstand die Uebernahme des Tabak-Einkaufes bildet. Es steht also, wenn sich diese Nachricht bewahrheiten sollte, nach dem türkischen und rumänischen Tabakgeschäfte auch ein österreichisches in Aussicht.

— (Eine furchtbare Ueberschwemmung), hervorgerufen durch Wolkenbrüche, die in den westlichen und nordwestlichen Bezirken Böhmens am 24. und 25. d. niedergegangen sind, hat ungeheuren Schaden angerichtet. Große Verluste an Menschenleben und Gütern sind zu beklagen. In Prag wurden durch angeschwemmte Gegenstände die Brückenbogenbogen derart gesperrt, daß das gestaute Wasser in die nächstliegenden Gassen drang. Sämmtliche Schwimmschulen wurden weggeschwemmt. Berichte vom Lande melden furchtbare Verheerungen, welche die Ueberschwemmung angerichtet hat. Viele Menschen und Thiere sind umgekommen, die Felder sind auf meilenweiten Strecken verwüstet. Nähere amtliche Berichte aus den inundirten Gegenden fehlen noch. Da der Verkehr gestört ist, hat der Statthalter Baron Koller in alle Gegenden eine Kommission abgeschickt, um über die Sachlage Nachricht zu erhalten und möglichst Hilfe zu schaffen. Viele Dörfer wurden ganz weggeschwemmt. Ratonitz, Bürglitz, Verann, Zdic, Cernofchin, Praskoles, das Goldbachthal, das buschtiehrader Bahngelände, Karlsbad, Poberfann, Soaz, Halubtau, Matrowitz, Horowitz, Wies, Schweiffing, Plan, Weltrus, Kratup, Mählhäuser, Liebich, Dolan, Böhmisches-Trubau wurden überschwemmt.

— (Neuigkeiten aus Steiermark.) Die Frau Gräfin von Chambord ist am 28. d. mit dem wiener Schnellzug in Graz angekommen und im Hotel Elefant abgestiegen. — Das k. k. Justizministerium hat eine Vermehrung des Personalstandes beim grazer k. k. Oberlandesgerichte um zwei Räte bewilligt. — Im Kurorte Gleichenberg sind bis 15. Mai 164 Kurgäste eingetroffen. — Nach einer aus Vorderberg in Graz eingelangten Depesche ist der am 27. d. abends dahin abgereiste, in allen Schichten der Bevölkerung bekannte k. k. Bezirksarzt Herr Doktor Karl Friedrich, als er vom Bahnhof zum Gasthof ging, auf der Straße plötzlich verschieden. — Nach einem statistischen Ausweise beträgt die Zahl der Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde Graz 545, nämlich 276 männliche und 269 weibliche. — Der Bau der dritten Strecke der k. k. priv. Kronprinz Rudolf-Bahn soll bis Ende Juni dieses Jahres so weit fortgeschritten sein, daß die Betriebsöffnung der ganzen Strecke erfolgen kann.

— (Mademoiselle Teresa), die berühmte Sängerin der pariser Café chantants, einst das Entzücken des kaiserlichen Hofes der Tuilerien, ist, wie ein russisches Blatt meldet, von einer Mineralwasser-Anstalt in Petersburg zu fabelhaftem Preise engagirt worden.

## Lokales.

— (Der constitutionelle Verein) versammelte sich gestern abends zu einer Sitzung.

Dr. Schaffer beleuchtet in kurzen Umrissen die Wichtigkeit der projektirten Eisenbahnlinie Laibach-Triest in national-ökonomischer Beziehung mit Rücksicht auf das Herzogthum Krain und beantragt die Abfassung und Vorlage einer Petition an beide Häuser des Reichsrathes des Inhaltes: die beiden Projekte Predil und Laibach sachmännlich überprüfen und sich für das für Oesterreich, beziehungsweise Krain vortheilhafteste entscheiden zu wollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dr. v. Kähling spricht über die Jesuiten-Frage. Der Redner erachtet das Gemeinwohl, ja ganz Oesterreich durch die Existenz und geheime Thätigkeit des Jesuitenordens für gefährdet. Die Jesuiten hätten Unterrichtsanstalten in der Hand, aus denen ihre Jünger seinerzeit zu den höchsten Staatsämtern berufen werden und mit der Neuzeit unverträgliche Grundsätze ins Amt mitbringen.

Die Thätigkeit der Jesuiten erstreckte sich auf hohe und niedere Kreise, und ihre Losungsworte seien: Intoleranz, Verdummung des Volkes, politische Knechtschaft und Aberglaube. Die Lehren der Jesuiten hätten Fanatismus und religiösen Wahnsinn zur Folge. Papst Clemens XIV., Spanien und die große Kaiserin Maria Theresia haben nicht ohne triftigen Motive seinerzeit die Aufhebung des Jesuitenordens beschlossen. Der Redner beantragt folgende Resolution: 1. Der constitutionelle Verein in Laibach erkennt die weitere Duldung des Jesuitenordens in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern auf Grund der aus der Geschichte und aus der Erfahrung geschöpften

Ueberzeugung für staatsgefährlich und unzulässig; es sei ein Gesetz über die Aufhebung dieses Ordens dringend nothwendig und zunächst die Vermehrung der Jesuiten in Oesterreich zu verhindern, es geschähe diese Vermehrung durch Einwanderung fremdländischer oder Aufnahme neuer inländischer Mitglieder, oder auch durch Gründung neuer Ordenshäuser, oder Niederlassungen. 2. Der constitutionelle Verein habe eine in diesem Sinne gefaßte Resolution an den hohen Reichsrath zu richten. (Angenommen.)

Dr. Suppan entwickelt in längerer Rede, daß für den Legalisirungszwang ein praktischer Grund nicht vorliege, daß durch den Legalisirungszwang der Winkelschreiberei vorgebeugt werden will, der Legalisirungszwang aber den Parteien Zeit- und Kostenaufwand verursache und das neue Gesetz nur eine neue Last auflege habe. Nachdem bereits viele Gemeinden und Vereine ihre Stimme für die Aufhebung des Legalisirungszwanges abgegeben haben, so beantragt der Redner, daß auch der constitutionelle Verein in Laibach wegen Aufhebung des Legalisirungszwanges eine Petition an den Reichsrath richten möge. Ungeachtet Dr. v. Kähling die Meinung der in dieser Frage theilnehmenden Notare hören zu wollen betonte und einen Vertagungsantrag stellte, wurde letzterer Antrag nicht, sondern mit Majorität jener des Dr. Suppan angenommen. Die Tagesordnung war erschöpft und die Sitzung wurde geschlossen.

— (Humane Spende.) Ein Ungenannter freiwilliger hat dem krain. Ausschüß-Beamten-Kranken- und Unterstützungsvereine den Betrag von 15 fl. gespendet.

— (Des slovenischen Schriftsteller-Vereines) Constituirung wurde dem Vernehmen nach von der hohen Landesregierung bewilligt.

— (Der slovenische dramatische Verein) hielt am 26. d. in der Italica eine Generalversammlung ab, an der 40 Mitglieder theilnahmen. Der Vereinsvorstand Herr P. Grasselli eröffnet die Versammlung mit einer Ansprache, in der er auf die immerhin befriedigenden Resultate des Vereines in der letzten Saison hinwies und die Mitglieder zur größeren Thätigkeit in der kommenden Saison aufforderte. Der Redner widmete schließlich dem um die slovenische dramatische Literatur verdienten und vor kurzem in Kronstadt verstorbenen Professor Mandelic einen warmen Nachruf, und die anwesenden Vereinsmitglieder gaben durch Erheben von ihren Sigen der Trauer gebührenden Ausdruck. Hierauf trägt der Vereinssekretär Herr Noll den Rechenschaftsbericht vor; nach Inhalt desselben ist die Mitgliederzahl im heurigen Jahre über 300 gestiegen, und wird eine weitere Theilnahme noch gewärtigt. Der Verein drückt dem krain. Landtage für die bewilligte Subvention, zunächst der Frau Scholmaier für die unentgeltliche Ertheilung des dramatischen Unterrichtes an die weiblichen Vereinsgenossen seinen Dank aus. Der Vereinskassier Herr Jagar erstattet Bericht über den Stand der Vereinskasse; dem Kassier wird für die umsichtige Kasseegebarung der Dank des Vereines votirt. Hiernach fand die Neuwahl der Vereins-Repräsentanz statt; gewählt wurden die Herren: Peter Grasselli (Vorstand), Karl Jagar (Kassier), Noll (Sekretär), Guttmann, Professor Pleteršnik, Dr. Carl Bleiweis, Dr. Bošnjak, Franz Drenik, Dr. Valentin Jarnik, Literat Stritar in Wien, Professor Erjavec in Görz und Dr. Mencinger in Krainburg (Ausschüß).

— (Lokal- und Provinz-Nachrichten.) Blasius Stefancik, Urlauber des k. k. 17. Inf. Regim., ist aus seinem Urlaubsorte Jablanitz, Bezirk Adelsberg, entwichen. — Ignaz Zaputar vom k. k. 5. Dragoner-Regimente, aus Dittai, Bezirk Stein, entwich am 7. d. aus seinem Stationsorte Klagenfurt. — Anton Mivbel vom k. k. 17. Inf. Regim., in Laibach geboren, entwich am 20. d. M. aus der Station Laibach. — Dem Conducteur Franz Freisteiner entwich am 17. d. M. sein 12jähriger Sohn Franz, Schüler der 4. Volksschulklasse. — Dem Josef Sternika in Jurnovas, Bezirk Rudolfsmerth, wurde am 11. v. M. von einem unbekanntem Manne ein Wäsche, im Werthe von 6 fl. 70 kr., entwendet. — Der wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit in Untersuchung stehende und flüchtige Josef Stebloj aus Jggdorf wird vom hiesigen k. k. Landesgerichte steckbrieflich verfolgt. Der Maria Jurca und der Johann Domicel in St. Peter, Bezirk Adelsberg, wurden durch unbekanntem Thäter am 1. d. 10 Seidentüchel, goldene Ohrringe, 6 Gebetbücher, 1 goldener Doppelring und 10 fl. Barschaft gestohlen. — Dem Wirth Anton Sailer in Preška, Bezirk Littai, wurde von unbekanntem Thäter eine Barschaft von 40 fl. entwendet. — Dem Georg Teran wurden angeblich von Mathias Kristof Kleidungsstücke, Ledersohlen, Baumwolltüchel, Bundschuhe, Stiefel und andere Sachen gestohlen. — Dem Franz Strojjan in Blödnitz, Bezirk Krainburg, wurden am 17. d. von unbekanntem Thäter 7 Kälber, 2 Kuh- und 10 Schweinshäute gestohlen. — Dem Franz Jakus und dem Lorenz Japelj in Oberlaibach, dann dem Baril Volk in Podgora wurden 2 Handsägen, 1 grauer Winterrock, 1 Hut und 1 Paar schwarze Hosen angeblich von dem Arbeiter Johann Gut (recte Jakob Selak) entwendet. — Dem Franz Fortuna in Slogouca, Bezirk Sittich, wurden am 13. d. M. von unbekanntem Thäter 1 Sommer-Röckl, 1 weißes Leibl, 1 Halsstuch, 1 Schürze und 2 Weiberböcke entwendet.

— (Schadenseuer.) Am 23. d. um 11 Uhr nachts ist in der zum Hause des Martin Strubl in Zdenstava Nr. 20, Bezirk Gottschee, gehörigen Harpe aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, wodurch diese Harpe, zwei darin befindliche Wägen und mehr als die Hälfte einer zweiten Harpe ein Raub der Flammen

wurden. Durch eingreifende schnelle Hilfe und Verwendung der dortigen Feuerspritze war es möglich, die bereits vom Brande ergriffene Harpfe des Landwirthes Josef Zander...

(Wölfe im Bezirke Gottschee.) Der Grundbesitzer Paul Panthe und der Ausgedingler Andreas Tschinkel in Maseru, Bezirk Gottschee, haben vor einigen Tagen im Rayon der Gemeinde Maseru Wölfe bemerkt...

(Kauferei.) Die „Agrarier Btg.“ erzählt: „Am 21. d. kam es zwischen den Eisenbahnarbeitern slowenischer und italienischer Nationalität in Suce auf der Karstadt-Fiumaner Strecke zu einem blutigen Kampfe...“

(Zur Linie Laib-Triest.) Die „Triester Zeitung“ meldet: „In der am 22. d. abgehaltenen Sitzung der fumaner Handelskammer hob Herr Paul Scarpa die Wichtigkeit hervor...“

(Aus dem Amtsblatt.) Warnung seitens des k. k. Ackerbauministeriums vor dem Bezuge von Weinreben aus Frankreich, einer dort auftretenden Krankheit des Rebstockes halber.

(Zur Weltausstellung 1873.) Wir empfehlen jenen geehrten Lesern, welche an der Wiener Weltausstellung entweder theilnehmen, oder Interesse haben, die „Wiener Weltausstellungs-Zeitung“...

(Tonhalle-Lotterie in Linz.) Infolge der vielen Rückstände von Seite der Vereine über das Resultat der ihnen zum Absage zugesandten Lose der Lotterie zur Erbauung einer Tonhalle der Liedertafel „Frohstinn“ zu Linz in Oberösterreich...

(Lehrerkreisen theilen wir mit), daß der 20. allgemeine deutsche Lehrertag am 20. d. in Hamburg unter außerordentlicher Theilnahme eröffnet wurde. Fünftausend Lehrer sind eingetroffen.

Öffentlicher Dank.

Ein ungenannt sein wollender Gönner des k. k. Aushilfsbeamten-Kranken- und Unterstützungs-Vereins hat demselben 15 fl. gespendet; wofür von Seite der Direktion der wärmste Dank ausgesprochen wird.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Beseitigung aller Krankheiten ohne Medicin und ohne Kosten durch die delicate Gesundheitspreiße Revalesciere du Barry von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln erspart.

Auszug aus 72 000 Genesungen, an Magen-, Nerven-, Unterleibs-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimm-, Athem-, Drüsen-, Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien gratis und franco gesendet werden:

Certificat Nr. 64210.

Neapel, 17. April 1862.

Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit sieben Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und Leiden aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu schreiben; hatte ein Zittern aller Nerven im ganzen Körper, schlechte Verdauung, fortwährende Schläfrigkeit, und war in einer steten Nervenauflregung, die mich hin- und hertrieb...

Marquise de Bréhan.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36.

Neueste Post.

Die „Triester Zeitung“ enthält folgendes Telegramm:

Wien, 28. Mai. Erzherzogin Sophie ist heute morgens um 3 Uhr nach langer Agonie gestorben.

(Eine officielle Nachricht ist uns bis zur Stunde noch nicht zugekommen. Die Red.)

Wien, 28. Mai. Wie die „Montags-Revue“ erfährt, werden die Delegationen für den 16. September nach Pest einberufen werden.

Prag, 27. Mai. Die Ueberschwemmung ist als beendet anzusehen. Der höchste Wasserstand war gestern nachmittags, 12 Fuß über 0; gegenwärtig beträgt er noch 4 Fuß über dem Normale.

Telegraphischer Wechselkurs

am 28. Mai

Spez. Metallkurs 64.75. — Spez. National-Ansehen 72. — 1860er Staats-Ansehen 103.80. — Bank-Noten 837. — Kredit-Noten 334.80. — London 112.75. — Silber 110.85. — 1/2 Münz-Dukaten 5.42. — Napoleonsd'or 8.99

Das Postdampfschiff „Golfatia“, Kapitän Varenis, ging am 22. Mai mit 425 Passagieren von Hamburg nach New-York ab.

Das Postdampfschiff „Silesia“, Kapitän Trautmann, welches am 8. Mai von Hamburg abgegangen, ist am 21. wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Mudolfswerth, 27. Mai. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, Price (fl. kr.), Item, Price (fl. kr.). Includes items like Weizen per Megen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Angelkommene Freunde.

Am 27. Mai.

Elefant. Gandini, Canto und Vogues, Besitzer, Mailand. — Eihelter, Abgeordneter, und Dragan, Postmeister, Weiskensfeld. — Montanari, Itolien. — Singer, Deutsch und Treiter, Wien. — Rad. Remeth, Corfu. — Bilha, Bosnien. — Seiler, Remedig. — Dr. Dollar, k. k. Medizinalrath. — Kottinig, Besitzer, Oberlaibach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Day, Time, Barometer, Temperature, Wind, Humidity, Rainfall. Includes data for 28. 2. and 10. 10.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börtenbericht. Wien, 27. Mai. In Anglo, franco-ungarischen, Vereinsbank, dann in Kaschau-Oderberger und Elbethalbahn-Aktien entwickelte sich schwinghafter Handel und steigender Kurs; stark ausgeboten waren Interventionsbank zu 169. Im übrigen zeigte sich keine weitgehende Veränderung bei im allgemeinen fester Haltung.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundrentenlastungen, C. Andere öffentliche Anleihen, D. Aktien von Bauinstituten, E. Aktien von Transportantern, F. Pfandbriefe, G. Prioritätsobligationen. Includes various interest rates and values.